Kreisverwaltung Germersheim

****Fachbereich 32

Az.: 661-04/42/17

**Öffentliche Bekanntmachung eines Erörterungstermins**

Wasserrechtliches Verfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zur beantragten gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis der Fa. Kalksandsteinwerke Schencking GmbH & Co.KG

Die Kalksandsteinwerke Schencking GmbH & Co.KG, vertr. durch das Kalksandsteinwerk Bienwald Schencking GmbH, diese vertr. d. die Geschäftsführerin Michelina von Peterffy-Rolff, Schäfereistraße 75a, 66787 Wadgassen-Differten hat mit Antrag vom 12.11.2018 die gehobene wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 16 Landeswassergesetz (LWG) i.V.m. § 15 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zum oberflächennahen Sandabbau im Abbaufeld „Oelgründel Nord“ auf den Flurstücken Nr. 210/2 und 211/1 in der Gemarkung Bienwald beantragt. Die Antragstellerin hat ferner gemäß § 7 Absatz 3 UVPG die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Verfahren beantragt.

Die Kreisverwaltung Germersheim führt als zuständige untere Wasser- und Bodenschutzbehörde das wasserrechtliche Verfahren durch.

Die Antragsunterlagen haben öffentlich vom 15.10. bis 14.11.2019 ausgelegen.

Die rechtzeitig erhobenen Einwendungen, die rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen von Vereinigungen sowie die Stellungnahmen der Behörden zu den Antragsunterlagen sind mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Betroffenen sowie denjenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, zu erörtern.

Der erforderliche Erörterungstermin findet am

**Dienstag, den 16.11.2021, 10 Uhr**

**Tagungsraum des Straßenmuseums Germersheim**

**Zeughausstraße**

**76726 Germersheim**

statt.

In dem Termin werden die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und die Stellungnahmen erörtert. Die Teilnahme an dem Termin ist jedem, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, freigestellt. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Dieser hat seine Bevollmächtigung durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen und diese zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen auch bei Ausbleiben eines Beteiligten erörtert werden, dass verspätete Einwendungen ausgeschlossen sind und dass Anhörungsverfahren mit Schluss der Verhandlung beendet ist. Durch die Teilnahme an dem Erörterungstermin oder durch Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

Die Entscheidung der Kreisverwaltung Germersheim über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht und der Bescheid samt seiner Begründung zur Einsicht ausgelegt. Zusätzlich wird der Inhalt der Entscheidung auch auf der Internetseite der Kreisverwaltung Germersheim unter [www.kreis-germersheim.de](http://www.kreis-germersheim.de) in der Rubrik „Bekanntmachungen“ sowie auf dem UVP-Portal der Bundesländer unter www.uvp-verbund.de zugänglich gemacht.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich (§ 68 Absatz 1 VwVfG).

Der Zutritt ist nur für **geimpfte, genesene oder getestete Personen** mit einem Antigenschnelltest (max. 24 Stunden alt) oder PCR-Test (max. 48 Stunden alt) gestattet. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen.

Diese Bekanntmachung wird zusätzlich gemäß § 27 a Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) auf der Homepage der Kreisverwaltung Germersheim unter [www.kreis-germersheim.de](http://www.kreis-germersheim.de) in der Rubrik „Bekanntmachungen“ sowie auf dem UVP-Portal der Bundesländer unter www.uvp-verbund.de veröffentlicht.

Kreisverwaltung Germersheim

18.10.2021

gez. Christoph Buttweiler

1. Kreisbeigeordneter